

Pressemitteilung

Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit

Berlin, 20.02.2023

Sozialer Ausgleich sichert gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der internationale Tag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar 2023 steht unter dem Motto „Barrieren überwinden und Möglichkeiten für soziale Gerechtigkeit freisetzen“. Die Krisen und Kriege der letzten Jahre haben dazu beigetragen, dass soziale Ungleichheit weltweit zugenommen hat, dass der Ausgleich zwischen Globalem Norden und Süden, der gleichberechtigte Zugang zu Lebensmitteln und Gesundheitsversorgung, zu Bildung und Kultur nicht gewährleistet ist.

Die Volkssolidarität, die sich als größter ostdeutscher Sozial- und Wohlfahrtsverband für viele Menschen engagiert, macht aus Anlass des Tages der sozialen Gerechtigkeit erneut darauf aufmerksam, dass in Bezug auf gleiche Lebensverhältnisse und gerechte Verteilung von Lebenschancen auch in Deutschland nach wie vor große und weiterwachsende Defizite bestehen.

Dazu erklärt die Präsidentin der Volkssolidarität, Susanna Karawanskij: „Die Auswirkungen der Coronakrise, des Ukrainekrieges und der Inflation drohen noch mehr Menschen in existentielle Nöte zu bringen. Die Bundesregierung muss handeln und die Einkommensschwächsten jenseits von Einmaleffekten entlasten. Ich denke da zum Beispiel an eine deutliche Anhebung der Regelsätze für Beziehende von Grundsicherung auf 725 Euro.“

Tatsächlich hat die Armutsquote laut Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes 2022 einen neuen Höchststand erreicht. Auch die Altersarmut ist gestiegen und betrifft inzwischen fast 18 Prozent der Rentner*innen. Rund jeder sechste Mensch in Deutschland ist einkommensarm. Am stärksten von Armut betroffen sind Haushalte mit mehr als drei Kindern und Alleinerziehende.

„Nicht nur am Tag der sozialen Gerechtigkeit müssen wir erneut kritisch darauf hinweisen, wie sehr sich die sozialen und finanziellen Verhältnisse auf die Lebenschancen und Lebensqualität auswirken, sei es in Haushalten mit pflegenden Angehörigen, Rentner*innen oder Kindern“, betont die Präsidentin der Volkssolidarität. „In kaum einem anderen europäischen Land ist gute Bildung so sehr von der Geldbörse der Eltern abhängig wie in Deutschland. Daran etwas grundsätzlich zu verbessern, bleibt eine wichtige gesellschaftliche und politische Aufgabe.“

Doch während auf der einen Seite der Gesellschaft die Anzahl der von Armut Betroffenen gestiegen ist, ist auf der anderen Seite großer Reichtum noch größer geworden. Allein im Jahr 2021 kamen in Deutschland zu den etwa 1,5 Millionen 100.000 neue Millionäre hinzu, deren Vermögen hat sich um 7,4 Prozent vermehrt und die Summe von 6,3 Billionen Dollar erreicht.

Susanna Karawanskij mahnt deshalb: „Eine entscheidende Bedingung für soziale Gerechtigkeit ist, dass der Wohlstand unserer Gesellschaft auch gerecht verteilt wird. Doch die Umverteilung lief in den letzten Jahrzehnten vor allem von unten nach oben. Das muss umgekehrt werden. Die Volkssolidarität erneuert deshalb ihre Forderung nach einer stärkeren Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen.“

Über die Volkssolidarität

Die Volkssolidarität ist der größte Sozial- und Wohlfahrtsverband Ostdeutschlands. In unseren zahlreichen Begegnungs-, Hilfe- und Beratungsorten, Pflegeangeboten, Kitas und Horten sowie einer Vielzahl von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe begleiten und unterstützen wir Menschen jeden Alters unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer oder sozialer Herkunft, Religion und sexueller Orientierung. Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und der geografischen Verortung nimmt die Volkssolidarität bei allen bundespolitischen Prozessen besonders die Belange des Ostens in den Blick.

Pressemitteilung

Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit


Pressekontakt

Lenka Macho
Marketing und Online-
kommunikation

Volkssolidarität Bundes-
verband e. V.
Bundesgeschäftsstelle

Alte Schönhauser Str.
16
10119 Berlin

 030 / 27 897 128
(Durchwahl)

 030 / 278 97 0
(Zentrale)

@ [pressestelle@
volkssolidaritaet.de](mailto:pressestelle@volkssolidaritaet.de)